



Sprengung eines Plattenbaus (in Eisenhüttenstadt)

WOHNUNGEN

Großflächiger Abriss

Das Überangebot an Wohnungen in Ostdeutschland hat dramatische Ausmaße angenommen. Zwischen Rostock und Zittau müssen laut einer für die Bundesregierung erstellten vertraulichen Studie in den nächsten 30 Jahren eine Million Wohnungen abgerissen werden. Das in der Geschichte der Bundesrepublik wohl einmalige Wohnungsabbauprogramm könnte nach Berechnungen von Experten bis zu 15 Milliarden Mark kosten.

Den großflächigen Abriss sollten, empfiehlt das Berliner Wirtschaftsforschungsinstitut Empirica der Bundesregierung, weitgehend die kommunalen Wohnungsunternehmen in Ostdeutschland aus eigener Kraft finanzieren – durch den Verkauf ihrer vermieteten Immobilien.

Für kleinere städtische Wohnungsgesellschaften würde das indes den Ruin bedeuten. Schon heute können sie den Leerstand in der Platte kaum noch finanzieren. Im ostsächsischen Weißwasser etwa kosten 90 000 Quadratmeter leer stehender Wohnraum die städtische Wohnungsgesellschaft jährlich 15 Millionen Mark. Die Betriebskosten aller derzeit im Osten ungenutzten Wohnungen (etwa 60 Millionen Quadratmeter) schlagen jährlich mit rund 2,4 Milliarden Mark zu Buche.

ZEITGESCHICHTE

Aus für Seilschaften?

Nach dem Streit um die Laudatio des Direktors des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) Horst Möller auf den umstrittenen Historiker Ernst Nolte will Bildungsministerin Edelgard Bulmahn jetzt den Wissenschaftlichen Beirat des Münchner Renommier-Instituts umkrepeln. Die Ministerin kritisiert „verkrustete Strukturen, die Seilschaften befördern“. Ein Drittel der Beiratsmitglieder, durchweg konservative Professoren, gehören dem IfZ-Beirat seit mehr als 12, einer sogar seit 38 Jahren an. Nach den Richtlinien des Wissenschaftsrates sollen Beiräte dieses Amt jedoch nur 4, maximal 8 Jahre ausüben. Dies will Bulmahn nun durchsetzen. Da eine Satzungsänderung nur mit Zustimmung des Freistaats Bayern, in dem das Institut seinen Sitz hat, möglich ist, setzt Bulmahn auf Einsicht: „Wenn man das Renommee des IfZ wahren will, muss man künftig einen gewissen Modernitätsanspruch erfüllen.“

DIPLOMATIE

Fischer in Lebensgefahr

Bei seiner Reise nach Ostasien ist Außenminister Joschka Fischer nur knapp an einem folgenschweren Konflikt mit Nordkorea vorbeigeschrammt. Ohne Erlaubnis der dortigen Behörden war der Airbus A 310 der Luftwaffe, der Fischer zum G8-Außenministertreffen nach Miyazaki in Japan brachte, in den nordkoreanischen Luftraum eingedrungen. Die Nordkoreaner hatten Fischer den Überflug mit der Begründung verweigert, es handle sich bei der Maschine um militärisches Fluggerät der deutschen Luftwaffe, für das

eine Überfluggenehmigung auf diplomatischem Wege eingeholt werden müsse. Zu diesem Zeitpunkt war das Flugzeug bereits in Helsinki abgeflogen. Ende vergangener Woche protestierte der Vertreter der nordkoreanischen Sektion beim Auswärtigen Amt

in Berlin gegen die „grobe Verletzung“ der Souveränität Nordkoreas. Das Militär, das sich in ständiger Alarmbereitschaft befinde, habe „größte Rücksicht“ gezeigt. Die Maschine sei nur deshalb nicht abgeschossen worden, weil Nordkorea sich bemühe, die Beziehungen zu Deutschland zu verbessern. Warum die gefährliche Route über Nordkorea gewählt wurde, ist bisher nicht geklärt.



Fischer

SVEN SIMON